

Innere Kolonisierung reloaded?

»Die Emscher«, geben drei Rocker in voller
Ledermontur breitgrinsend Auskunft,
»die gibt's hier nicht, die gibt's nur in Castrop«.
(zit. n. Michael Holzach, 1980)¹

Anfang der 1980er Jahre veröffentlichte *Michael Holzach* eine bemerkenswerte Sozialreportage. Holzach hinterfragte das wohlgefällige westdeutsche Wohlstandsnarrativ, fand weder das Konzept der Normalfamilie noch das der allgemeinen Sozialstruktur so recht passend. Denn das entsprach nicht dem, was er sah. Holzach interessierte sich für Menschen, für echte Lebensumstände und damit für Lebensgeschichten fernab der zeitgenössisch so angesagten hochaggregierten Sozialstatistiken und den Ergebnissen der Demoskopie. Holzach war Journalist und er hatte eine Idee. Er wollte Menschen treffen und sie befragen, ihren Wohlstand und ebenso ihr Wohlverhalten studieren – eine echte Feldforschung also. Und dann wanderte er einfach los. Von seinem Lebensmittelpunkt in Hamburg aus in Orte und Gegenden, die ihm vertraut waren. Geld nahm er nicht mit, einen Notgroschen zwar, aber keine Kreditkarte, kein Survival Pack; Handys und das World Wide Web, die gab es noch nicht. Ein verrückter Einfall. Er hatte keinen Plan. Keine im Vorfeld gebuchten Unterkünfte, keine festen Anlaufpunkte. Keine Sicherheit. Nichts davon. Nur einen Hund nahm er mit. Holzach kannte sich ein bisschen aus im Industriebezirk, er hatte in Bochum studiert. Und so wanderte er also auch zum und durch den Industriebezirk. Auf die Idee, zur Ruhr zu wandern, kam er nicht – obgleich der Ausblick ins Ruhrtal aus dem inzwischen abgerissenen Gebäude der Sozialwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum einer der besten im ganzen »Ruhrgebiet« war.

Aber Holzach wollte etwas anderes. Ihn interessierte der hässliche Komplementär. Die Cloaca Maxima. Die Emscher. Und so wanderte er eben nicht an der Ruhr, sondern am »dreckigste[n] Fluß Deutschlands« entlang,² betrachtete dessen offene Führung, den Umstand, dass sich Farben und Geruch munter abwechselten, je nachdem welcher Einleiter das Abwasser gerade und an der betreffenden Stelle abließ, mehr mit Interesse als

1 Zit. Michael Holzach: Deutschland umsonst. Zu Fuß und ohne Geld durch ein Wohlstandsland, 5. Aufl., Hamburg 1982, S. 104.

2 Zit. ebd., S. 102.

mit Ekel. Ab und an musste Holzach ein bisschen Abstand halten, weil die Cloaca Maxima an einigen Stellen von Stacheldraht gesäumt war oder auch, weil ein Gefängnis den direkten Weg versperrte. An manchen Abschnitten fanden sich aber auch Schrebergärten. Die lagen aber inzwischen nicht mehr unmittelbar an dem weit verzweigten Abwasserkanalnetz, sondern in mindestens zehn Metern Entfernung. Die Emschergenossenschaft hatte dafür gesorgt.³ Er traf viele ›Ruhries‹ dort. Ausgestoßene, Besondere, andere jedenfalls als den Normalbürger der Sozialstatistik. Manchmal verschwand die stinkende Emscher einfach, so schrieb Holzach. Dann musste er fragen. Die gut gelaunten Rocker zum Beispiel. Sogar sie fanden – in Dortmund-Aplerbeck, südöstlich der Stadt Dortmund –, die Emscher, die existiere doch nur in *Castrop*.

Lange Titularstadt – stadtähnlich also, aber eben in ortsüblicher Lesart nicht echt städtisch – hatte Castrop zunächst zum Landkreis Dortmund gehört. 1901 wurde sie Stadt, erst 1926 aber hatte sich die Stadt Castrop-Rauxel kreisfrei gekämpft. Besonders in den »neuen Landgemeinden« der Stadt wurde die Wasserversorgung noch über Brunnen gespeist. Auch das Abwassernetz war längst nicht vollständig. Noch 1934 waren lediglich 80 Prozent der Einwohner, aber immerhin 100 Prozent der Industrie an die Cloaca Maxima angeschlossen.⁴ Die überfällige kommunale Gebietsreform der Nachkriegszeit dauerte in Nordrhein-Westfalen knapp zehn Jahre. Und erst ganz zum Schluss – 1974 – wurde die Neuordnung des »Ruhrgebiets« vorgenommen. Im Ergebnis stärkte sie die »Oberzentren«. Die Initiativen von Recklinghausen, Castrop-Rauxel, Herne und Wanne-Eickel einen eigenen Städteverbund zu schaffen, scheiterten indes am Widerstand der anderen, im Besonderen der Südstädte. Castrop-Rauxel wurde 1975 um Henrichenburg erweitert und dann dem Kreis Recklinghausen zugeordnet.⁵ Die Gebietsreform nahm die »historische Strukturlast« keineswegs. Nicht im Süden und vor allem nicht im Norden. Als Folge der Reform wurde die Kompetenz des *Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk* (SVR) beschnitten, 1979 wurde er zum *Kommunalverband Ruhr* (KVR). An der bereits lange wirksamen Finanzklemme änderte das nichts, und auch die Raumplanung blieb, was und wie sie war. Castrop-Rauxel ging es eigentlich nicht schlechter als Dortmund. Nur

-
- 3 Das war ein von der Emschergenossenschaft 1936 festgelegter Abstand. Die Emschergenossenschaft war oft mit den »Kleingärtnern« ins Gehege gekommen. Das hatte für »schwierige Verhandlungen« gesorgt und auch für Abfindungszahlungen, wenn ein Kleingarten neu zu bepflanzen war, weil an der Cloaca Maxima gearbeitet werden musste; 10 Meter, so die Bestimmung, durften fortan keine »Wohnläufe, Wasserbehälter, Brunnen [...] oder sonstigen Daueranlagen errichtet und keine Obstbäume, Beeren- und andere wertvolle Sträucher angepflanzt werden«. Zit. Ramshorn an GHJ, 12.11.1936, montan.dok/BBA, 30/480.
 - 4 Der Eintrag im Stadtentwässerungsatlas von 1934 ist typisch: Der für Castrop-Rauxel umfasste lediglich gut zwei Spalten, 1934 immerhin von knapp 60.000 Menschen bewohnt; für die *hidden capital*, Essen, 1934 mit etwas über 650.000 Einwohnern, fanden sich ausführliche Beschreibungen über mehr als 20 Spalten inklusive einer ganzen Reihe von Abbildungen. S. Brix/Imhoff/Weldert (Hg.): Stadtentwässerung, Bd. 2, S. 194 f., 303–313.
 - 5 Sabine Mecking: Bürgerwillie und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965–2000, München 2012, S. 102–110.

waren die raumspezifischen strukturellen Bedingungen für Castrop-Rauxel schon lange deutlich bescheidener als die, die für Dortmund galten.⁶

Die Teilung des Industriebezirks blieb damit auch nach der Kommunalreform ge- und erlebte Realität. Und so verwundert es nicht, dass die von Holzach Befragten ihn verinnerlicht hatten, den Nord-Süd-Unterschied, den Umstand, dass das »Ruhrgebiet« ein zweigeteilter Raum war. Sogar die Rocker, die man zu den freien, jedenfalls habituell wenig Bürgerlichen zählen darf, fanden: Sie selbst standen im hübschen Süden. Die Emscher, »die gibt's hier nicht, die gibt's nur in Castrop«. Im Norden. Dem dreckigen Norden. Bleiben wir noch einen Moment bei Holzach. Seine Geschichte endete ausgesprochen tragisch. Der Journalist verließ den »toten Fluß« nach seinem Zusammenreffen mit den Rockern.⁷ Holzach wanderte weiter und beschaute sich noch hier und dort das westdeutsche »Wohlstandsland«. 1982 erstveröffentlicht, wurde das Buch zu einem Kassenschlager im alternativen Milieu. Deshalb sollte es verfilmt werden, Holzachs bemerkenswerte Wanderung durch die Bundesrepublik, die reich war an Charakterbildern von Menschen, die wenig hatten und solchen, die viel hatten. Holzach kehrte für die Dreharbeiten deshalb noch einmal an die Emscher bei Dortmund zurück. Hier rutschte sein treuer Begleiter ab, der Hund geriet in die Cloaca Maxima. Holzach sprang hinterher – und ertrank. Seine Bergung war schwierig. Und bevor man Holzachs Leiche fand, zog man einen anderen aus dem Abwasserfluss. Auch er hatte seinen Tod in der Emscher gefunden. Und jetzt wurde eben das verfilmt.⁸

Es ist falsch, wenn wir vom »Ruhrgebiet« sprechen. Sogar der sprichwörtliche und immer wieder bemühte »Sozialäquator«, der durch die Autobahn 40 markiert sein soll, ist falsch. Sie ist zu jung. Als die A 40 gebaut wurde, selbst wenn man die Vorplanungen der 1920er Jahren berücksichtigt, war die Zweiteilung des Industriebezirks längst Tatsache. Die wirkliche und bis in die jüngste Zeit wirksame sozialräumliche Demarkationslinie bildet die Cloaca Maxima, die missbrauchte Emscher. Der Begriff »Ruhrgebiet« bildet weder die geologische oder administrative Formation noch die Sozialstruktur angemessen ab. Korrekterweise war deshalb innerhalb Raumes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vom »rheinisch-westfälischen Industriebezirk« die Rede, jedenfalls wenn es ans Eingemachte ging. Tatsächlich war der während der 1920er Jahre gegründete Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, der geschaffen wurde, um raumplanerisch zur wirken, nicht eben besonders erfolgreich. Bei der Verlegung der Emschermündung, überhaupt bei der wasserwirtschaftlichen Ordnung im Industriegebiet, spielte er zwar stets eine zugezogene, aber nie eine entscheidende Rolle.⁹ Das war auch ganz klar: Hoheitliche Rechte, wie die, über die die Emschergenossenschaft verfügte, besaß er nicht. Von den

6 Dietmar Petzina: Wirtschaft und Arbeit 1945–1985, in: Wolfgang Köllmann/Hermann Korte/Dietmar Petzina/Wolfhard Weber (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 491–568, Zit. S. 553.

7 Zit. Holzach: Deutschland umsonst, S. 112.

8 »Tod in der Emscher«. Dokumentarfilm von Enno Hungerland, Westdeutscher Rundfunk (WDR) 1985.

9 S. dazu die Diskussionen und Protokolle zur Verlegung der Emschermündung, 1927 bis 1930, tkCA, TLI 2712; s. Diskussionen dazu 1925–1952, tkCA, TNO 3678. Und auch Luther stellte fest: »Der Siedlungsverband ist, wie schon des öfteren erwähnt, seinem Wesen nach anderes als die Emschergenossenschaft«. Zit. ders.: Zusammenbruch, S. 83.

Mächtigen wurde er daher kaum ernst genommen.¹⁰ Auch die kommunale Gebietsreform der Nachkriegszeit veränderte daran nur wenig. Weiterhin aber formulierte der Verband und einigermaßen stoisch »Ruhrgebiet«. Damit machte der Verband eine Formel aus einem längst bestehenden Programm. Das war aber kein geologisch oder wirtschaftlich begründetes Programm, sondern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde aus dem etablierten Germanisierungsprojekt ein Kulturprogramm.¹¹

Der eigentliche Begründer dieses Programms mit der Stoßwirkung einer inneren Kolonisierung war nicht der Siedlungsverband.¹² Sondern das waren die Gründer der Emscher-genossenschaft am Ende des 19. Jahrhunderts. Und die Emscher-genossenschaft – als Ausführende – schaffte mit der offenen Kanalisierung und dann dem unermüdlichen Ausbau der Cloaca Maxima zum Abwassernetz die sichtbaren und raumteilenden Fakten. Getragen wurde das von allen, durchgesetzt aber hatten sich insbesondere die Südstädte und die Großunternehmen. Sie bildeten seit 1899/1904 eine hybride Allianz, von der viele profitierten. Besonders wirtschaftlich, weniger aber in sozialräumlicher Hinsicht. Bezeichnenderweise hielt sich ausgerechnet die hybride Allianz bei der Frage, wie der Industriebezirk denn eigentlich zu benennen war, lange zurück. Die Versprachlichung und Engführung auf »Ruhrgebiet«, die eindeutige Festsetzung auf den schönen Süden, setzte sich erst sehr viel später und endgültig erst seit Ende der 1970er Jahren durch.¹³

Es war die rassistische Lesart von Raum und Menschen eines Selfmade-Sozialwissenschaftlers aus Westfalen, die hierbei prägend wurde: die von *Wilhelm Brepohl* (1893–1975). Geboren im Norden des Industriebezirks, in Gelsenkirchen, und als Kind aus der Arbeiteraristokratie – sein Vater war Techniker bei Krupp –, starb Brepohl bemerkenswerterweise in einer Stadt, in der es nach ortsüblicher Lesart deutsch, bürgerlich und schön war. In Dortmund. Brepohl hatte es also geschafft; er war aufgestiegen und hatte sich vom Arbeiterkind aus dem Norden zum Bildungsbürger im Süden gemausert. Fast eine Bilderbuchkarriere, dem American Dream gleich. Bevor Brepohl in der Nachkriegszeit aber als »Vater des *Ruhrgebiets*«¹⁴ gewürdigt wurde, hatte er mit seinem Differenzdenken allerdings anderes bezeichnet: zuerst Menschen und dann Zonen. Für die Menschen konstruierte er die Vorstellung vom Schmelztiegel Ruhrgebiet

10 Spätestens mit dem Vierjahresplan war es mit der Raumgestaltung ohnehin vorbei; der SVR konnte nur noch »bitten« über die »Absichten der Industrie unterrichtet zu werden«. Alle Klagen darüber, dass es »misslich« sei, in die Planungen erst eingeschaltet zu werden, nachdem die Planungen bereits feststanden, wurden natürlich nicht beachtet. S. dazu Fachgruppe, betr. Industrielle Neuanlagen im Rahmen des Vierjahresplans, 13.10.1936, montan.dok/BBA, 15/634.

11 S. dazu etwa Paul Wiel: Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets. Tatsachen und Zahlen, hg. v. Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Essen 1970, S. 15 f.

12 Vgl. Leendertz: Ordnung schaffen, S. 27–100.

13 Ruhrgebiet, 1800–2019, Google Ngram Viewer, https://books.google.com/ngrams/graph?content=Ruhrgebiet&year_start=1800&year_end=2019&corpus=de-2019&smoothing=2 [18.4.2024].

14 Stefan Goch: Art. Wilhelm Brepohl, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinkwinkler (Hg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, 2. Aufl., Berlin/Boston 2017, S. 82–87, Zit. S. 84.

und für den Industriebezirk entwarf er eine stufenreiche Raumgliederung, deren Zweck es war, die tatsächliche Zweiteilung zu verdecken.¹⁵

Als Bezeichnung für die Einwohner des Industriebezirks erfand Brepohl während des Nationalsozialismus zunächst die Bezeichnung »Ruhrvolk«. Keine Superrasse, immerhin aber so deutsch und kulturell überlegen, dass das störende Amalgam aus Zuwanderern, besonders das »der Polen«, die gewissermaßen die koloniale Unterseite des wachsenden Industriereviers darstellten, verkraftbar wurde, und zwar, ohne dass dafür mehr zu tun war, als sie möglichst im Norden zu lassen und auf ihre selbsttätige Eindeutschung zu warten. Trotz der vielen »geistigen Unzulänglichkeiten« der Slawen und Slawisch-Deutschen – der »Polacken« –, die sich aus seiner Sicht allenfalls zu Hilfstätigkeiten eigneten und als großes »Hemmnis« für die »Bildung des Volkstums an der Ruhr« wirkten, stellte Brepohl doch fest, dass sie unersetzlich waren: »Wir werden diese begrenzt bildungsfähigen Kräfte nicht entbehren können.« Die Industrie »brauchte auch die Handlanger, die Ungelernten«. Das war eine ausgesprochen bemerkenswerte Festlegung, weil Brepohl der nationalsozialistischen Rassenlehre damit entgegenschrieb, allerdings immer hübsch »rassehygienisch« und wissenschaftlich verbrämt. Die Nationalsozialisten trennten »Rassen«, verboten Teilhabe und Kontakte, grenzten aus, forcierten Auswanderung, verschleppten und organisierten dann den Mord. Innerhalb der »minderwertigen Rassen« wurde weiter unterteilt und bewertet und nach Einordnung in der nationalsozialistischen Rassenhierarchie gehandelt. Auch Brepohl übernahm diese Einteilungen. »Polen« waren nicht besonders hoch angesiedelt, sie waren als Slaven »minderwertig«, ohne Nationalität, ohne Volkstum – ja, sie waren »weder eine »Rasse«, noch eine »Klasse««. Aber sie konnten arbeiten. Und Arbeiter, egal welche, die brauchte es ja im Industriebezirk. Und weiter noch: »Die Polen« aufgrund ihrer »Rasse« im Industriebezirk allzu sehr zu diskriminieren, das passte nicht zu den Interessen der mächtigen Montanindustrie, die die Arbeitskräfte gezielt angeworben, angelegt und schließlich auch zu niedrigsten Kosten untergebracht hatte. Brepohl konnte es keineswegs egal sein, was die Industrie als richtige Haltung in der »Polenfrage« ausgab. Denn Brepohl brauchte die Montanindustriellen, damit sie ihm seine »Volkstums«-Forschungen finanzierten. Die Kommunen waren zurückhaltend, die im Bergbauverein zusammengeschlossenen Montanunternehmen dagegen waren durchaus bereit, Brepohls Studien, wenn auch nicht üppig, zu finanzieren. Deshalb kam es, obschon Brepohl keinen Hehl aus seinem Rassismus machte, für ihn nicht in Frage, im nationalsozialistischen Sinn die Ausgrenzung oder sogar Aussiedlung der Polen zu fordern und das im kruden Mix aus pseudowissenschaftlicher Zeitdiagnose und vermeintlich evidenzbasiertem historisiertem Differenzdenken zu legitimieren.¹⁶

15 Die These vom »Schmelztiegel« ist längst überholt. Lena Foerster: Hochofen, Maloche und »Gastarbeiter«. Ausländerbeschäftigung in Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets in den 1950er und 1960er Jahren, Stuttgart 2021, S. 59.

16 Zit. (Denkschrift) Wilhelm Brepohl: Der Typus »Polack« im Ruhrgebiet. Herkunft und Bedeutung der Minderwertigen, Winter 1938/39, Archiv der Sozialforschungsstelle (ASfs), Dortmund, Nachlass (NL) Wilhelm Brepohl/B 34. Die Denkschrift wurde uns von Jens Adamski zur Verfügung gestellt. Herzlichen Dank dafür!

1939 – nach der gewaltsamen Einnahme Polens – änderte sich der Ton. Jetzt schrieb Brepohl durchaus von der »Umvolkung des Slaventums«. Das wirkte semantisch auf den ersten Blick besonders nationalsozialistisch,¹⁷ Brepohl meinte damit aber etwas anderes. Er blieb dabei, die »Besonderheiten des rheinisch-westfälischen Ruhrgebiets [!]« seien zu berücksichtigen und er leitete daraus den erreichten Zustand einer »Eindeutschung« ab. Das Ruhrgebiet war demnach durch »Polenbeimischungen« charakterisiert, fand er. Es gab zwar »Polenzechen« – Zechen auf denen mehrheitlich »Polen« angelegt waren –, die lagen aber im Norden, wie Brepohl durch Beigabe von Tabellen nahelegte. Insgesamt diagnostizierte Brepohl einen völkischen »Mischzustand« im Industrievier. Aufgrund der überlegenden Kultur der Westfalen sei den »Polen« die eigene Kultur ausgetrieben worden: »Die Anpassung aller aus dem Osten stammenden Menschen vollzog sich gleichzeitig, vielfach durch Widerstände gehemmt, auf allen Gebieten des Lebens.« Und so resümierte Brepohl schließlich, »dass nach drei Generationen alle Spannungen und Gegensätze, alle Feindschaften und Abneigungen, die meisten Sympathien und Antipathien in ein grosses Beieinander, in eine grosse Gemeinsamkeit hinüber gingen«. Das Bild vom Schmelztiegel war erfunden. Und weiter noch: Für Brepohl hatte sich die »Polenfrage« damit »praktisch erledigt«. Im Industriebezirk gab es 1939 aus seiner Sicht kein »Polenproblem«, das radikal und im nationalsozialistischen Sinn gelöst werden musste, sondern hier lebte ein durchmisches, spezifisches »Ruhrvolk«: »Deutsche aller Landschaften (allerdings in verschieden starken Anteilen) haben sich mit slavische Menschen gemischt, die ihre Volkstumseigenschaften aufgegeben haben.«¹⁸ In dem dieserart unterstellten Schmelztiegel hatten sich die »westdeutschen Rassemerkmale in voller Kraft behauptet«. ¹⁹ Wesentlich ist: Brepohls »Ruhrvolk« war eine Konstruktion, die mittels der »verschieden starken Anteile« die Zweiteilung des Raumes andeutete und die grundrassistisch war. Brepohl ging von dem Axiom aus, dass »Rassen« in der bekannten sozialdarwinistischen Hierarchie standen und dass die »deutsche Rasse« selbstverständlich an der Spitze stand. An seinem Rassismus kann keinerlei Zweifel bestehen, und doch war er nur rhetorisch nationalsozialistisch. Brepohl war Anhänger eines strukturellen Rassismus, verweigerte sich aber der nationalsozialistischen und radikalen Ausformulierung. Und das war wohl kalkuliert. Brepohl war eben nicht nur Denker und Schreiber, sondern auch Wissenschaftsorganisator. Aus dem 1928/29 gegründeten Provinzialinstitut für Westfälische Landes- und Volkskunde wurde 1935 die *Forschungsstelle für das Volkstum* gegründet. Brepohl stand der Forschungsstelle vor, gut und in einem modernen Sinne ausfinanziert war sie aber weiterhin nicht. Seine eigene Finanzklemme brachte Brepohl zu seiner rhetorisch nationalsozialistischen Einfassung. Er hoffte auf eine Grundfinanzierung durch NS-Organisationen, etwa der DAF, er wollte die Mittel, die er von den Kommunen, v. a. aber von den Montanindustriellen – insbesondere dem

17 Weiterhin einschlägig Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen, nach der Ausgabe letzter Hand hg. und kommentiert v. Elke Fröhlich, Stuttgart 2020; s. auch Cornelia Schmitz-Berning: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 2000, insbes. den Beitrag »völkisch«, S. 645–648.

18 Zit. (Denkschrift) Wilhelm Brepohl: Die Eineutschung der Polen an der Ruhr. Deutsche Arbeit verwandelt fremdes Volkstum, Okt. 1939, ASfs, NL Wilhelm Brepohl/B 35. Auch diese Denkschrift wurde uns von Jens Adamski zur Verfügung gestellt. Herzlichen Dank dafür!

19 Zit. ebd.

Bergbauverein – erhielt, aber nicht riskieren. Deshalb änderte sich sein Stil hin zu einer klar nationalsozialistischen Rhetorik, die strukturrassistische Ausrichtung seiner Studien änderte sich dadurch aber nicht.²⁰

Nach dem Krieg war nicht daran zu denken, an die NS-Rassenideologie anzuknüpfen. Die nationalsozialistische Rhetorik musste raus. Volkskunde wurde zur Bevölkerungswissenschaft, die kruden Erhebungen wurden nun mittels sozialwissenschaftlicher und elaborierter Methodik versachlicht. Insgesamt erforderte die Brepohl'sche Konzeption daher mehr Substanz und weniger propagandistisches Glaubensbekenntnis. Auch das »Ruhrvolk« musste deshalb anders eingefasst, vor allem aber auch anders begründet werden. Brepohl entwickelte nun als Behelfskonstruktion seine »Zonen«. Als Mitarbeiter und dann auch als Abteilungsleiter in der neu geschaffenen *Sozialforschungsstelle Dortmund*,²¹ kleidete er seine strukturrassistischen Sichtweisen nun nicht mehr in das legitimatorische Bindemittel »Blut«, sondern er projizierte sie auf den »Boden«.²² Wie gehabt, begründete er auch seine nun entwickelte Zoneneinteilung industriegeschichtlich. Seine 1948 veröffentlichte zonale Stufung des Industriebezirks folgte der Wanderung des Kohlenbergbaus, vom Süden an der Ruhr hoch zur Emscher und darüber hinaus, jedenfalls solange man nicht allzu genau hinsah. Bereits 1948 veröffentlichte er das.

Als prägendste, ja als Ursprungszone entwarf Brepohl die *Ruhrzone*: Sie fußte auf der Aktivität des lange dominierenden Bergamtes im Ruhrtal. Die Beschäftigten waren überwiegend im Raum verwurzelte Arbeitskräfte: Sie waren Hauer und Kötter zugleich. Schon diese Zone war mit dem Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte konfrontiert. Anzeichen für eine »frühe Proletarisierung« ließen sich aber nicht feststellen, so Brepohl. Vielmehr seien die Zuwanderer mit dem Bergbau weiter und Richtung Norden gezogen. Brepohl beschrieb auch den räumlich schönen Ankerpunkt, die Ruhr, die nun, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, zum Ziel von Sonntagsausflügen geworden war: »Der kürzeste Weg in die Natur zurück führt den Ruhrgebietler ins Ruhrtal«, so Brepohl.²³ Die Ruhrzone war in der Brepohl'schen Lesart also idyllisch und echt westfälisch geblieben. An die Ruhrzone schloss sich die *Hellwegzone* an. Ihr Wachstum begründete sich Brepohl zufolge mit der Durchstoßung der Mergeldecke; der Bergbau wurde ab dieser Zone im Tiefbau vorgenommen. Innerhalb der Hellwegzone lagen nun die »großen Städte«, die auf alte Tradition zurückblicken konnten: Dortmund, Essen, Bochum und Mülheim. Sie prosperierten, wirtschaftlich und kulturell – und zwar aufgrund

20 Brepohl betrieb seine Volkstumsforschungsstelle zunächst in seinen Privaträumen, sie war nur unzureichend von den lokalen Hybridmächtigen finanziert. Seit 1938 arbeitete er daran, die Stelle an die Deutsche Arbeitsfront (DAF) anzugliedern und damit die Finanzierung zu sichern. Damit war er nur wenig erfolgreich. 1939 versuchte er seine Forschungen mit der Volkstumsforschung in Breslau, besonders mit Hermann Aubin, zu verbinden. Entsprechend nahmen seine Ausdrücke zunehmend einen schärferen nationalsozialistischen Ton an. Es blieb aber bei der »Assimilation« der Polen. S. Jens Adamski: *Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946–1969*, Essen 2009, S. 82–93, Zit. S. 93.

21 Ebd., S. 95 f.

22 Wilhelm Brepohl: *Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Recklinghausen 1948, Karte S. 9.

23 Ebd., S. 38–50, Zit. S. 47, 50.

des aktiven und im Raum verwurzelten Unternehmertums. Denn die Unternehmer, die den Aufschluss der Tiefbauanlagen vornahmen, kamen aus dem alteingesessenen »Bürgertum« der Städte, die einen – die »Händlerunternehmer« – entstammten eher dem Rheinland, die anderen – die »Produzentenunternehmer« – seien vorwiegend westfälischer Herkunft gewesen, so Brepohl. Die Unternehmer benötigten »tüchtige Männer« für ihre Werke und rekrutierten sie aus den armen Agrarlandschaften des Umlandes und auch ein bisschen aus Hessen. Diese Melange aus industriepotenten und eingesessenen Bürgern und einer deutschen agrarischen Bevölkerung war Brepohls Lesart nach die kulturdominante Ursuppe für das »werdende Ruhrvolk«:²⁴ wachsend, blühend, v. a. aber westfälisch und bürgerlich. An die zwar nicht schöne, aber immer noch hübsch dynamische Hellwegzone schloss sich gen Norden die problematische Zone, die *Emscherzone* an. Die war schlimm, denn für die Betreiber der noch größeren Schachtanlagen herrschte der Sachzwang, »junge Leute aus anderen Provinzen« heranzuschaffen. »Ostpreußen«, »schwerfällige, gesunde, zuverlässige Arbeiter, die in der Industriearbeit keinen Ehrgeiz hatten, sich vielmehr damit begnügten, eine kleine, saubere Wohnung zu haben«, waren das Beste, was zu kriegen war. Noch schlimmer waren die aus dem »Osten«, die also, die noch nicht einmal deutsch waren. Der starke »Widerwille[]« gegen die Stadtgründungen von Gelsenkirchen und Herne war, so deutete Brepohl an, Ausdruck einer gegen die »Eindeutschung« dieser finsternen und unwestfälischen Gesellen gerichteten Bewegung aller. War die Ruhrzone durch die schöne Ruhr geprägt, so war die Problemzone bestens durch den hässlichen Komplementär, die Emscher, charakterisiert: Ein »Fluß«, der »nichts anders mehr ist, als eine trübe Abwässerrinne«, so Brepohl. Ohnehin war diese Zone nicht mehr vom ansässigen Bürgertum entwickelt worden, sondern von »Ausländern«: dem Iren William Thomas Mulvany zum Beispiel, der eine ganze Reihe von Zechen aufgebaut hatte. Und auch diese Unternehmer brauchten natürlich Arbeitskräfte. Der Anteil der »Ostdeutschen niederer Art und der Polen« nahm dort deshalb explosionsartig zu, auch gegen den »Protest« der alteingesessenen westfälischen Bergleute auf manchen Zechen gegen die Fremden, so Brepohl. »Heere« von Polen wurden in der hässlichen Zone ansässig. Die Emscherzone war die polnische Herausforderung, die durch den kulturdominanten Einfluss der westfälischen Eingesessenen zum »Ruhrvolk« assimiliert werden mussten.²⁵ Nördlich der Alten Emscher schloss sich die *Vestische Zone* an. Dort war es nicht grundsätzlich, aber doch ein wenig besser, fand Brepohl, denn hier gab und blieb das »westfälische Volkstum« herrschend. Osterfeld, Bottrop und Herten wuchsen zwar rasant, aber so »säuberlich in das Land verteilt«, dass die Fremden von der eingesessenen bäuerlichen Bevölkerung eingehegt werden konnten.²⁶ Als letzte Zone schloss sich die *Lippezone* an. Dort, wo Dorsten, Marl und Waltrop lagen, hatte sich Brepohl zufolge »das Volkstum unter dem Einfluß der Industrie« noch kaum verändert.²⁷

Die Konstruktion dieser fünf Zonen verdeckte den schlichten Umstand der Zweiteilung des Gebietes. Und mit ihnen konnte das Anknüpfen an einen allzu durchsichtigen

24 Ebd., S. 50–80, Zit. S. 55, 60, 70.

25 Ebd., S. 80–117, Zit. S. 80, 80 f., 93 f., 97.

26 Ebd., S. 117–130, Zit. S. 118, 120.

27 Ebd., S. 131–137.

Strukturrassismus auf die vermeintlich feststehende Bezugsgröße, den Boden, verlagert werden. Das fand seine Essenz im »Ruhrvolkstum«, das als verwestdeutsche »Rasse« begriffen wurde. Die »Vermischung« hatte das deutsche Volkstum demnach zwar herausgefordert, am Ende hatte sich aber doch die kulturelle Überlegenheit der Westfalen bewiesen, befand Brepohl.²⁸ Der zeitgenössisch lebende Ruhrtyp, so Brepohl, pflege einen »sachlichen Ernst« (westfälisch und auch ein bisschen hessisch), zeige ein »Gefühl für Rhythmus« (slavisch und euphemistisch für die stoisch auszuführenden Hilfstätigkeiten), agiere »unpreußisch« (als Folge des rheinländischen Einflusses) usf.²⁹ Aus heutiger Sicht ist das Buch derart rassistisch und stereotyp, dass man es kaum lesen mag.

Das knapp zehn Jahre später, 1957 von der Sozialforschungsstelle herausgegebene und von Brepohl verfasste »Industrievolk« war sprachlich ein großer Schritt vorwärts. Es war moderner und unverfänglicher formuliert. Die Ausrichtung und auch die Grundlage für die Ausführungen hatten sich aber kein bisschen geändert. Aber es war salonfähig. Brepohl wiederholte seine Gliederung in Zonen, tauschte allzu eindeutige und 1948 noch veröffentlichte rassistische Stereotype gegen »Schwierigkeiten« und einen »Stil des Westfälischen« aus, eine Vielzahl abgedruckter Tabellen sorgte für Evidenz. Das war nicht neu, das waren auch die Daten nicht, aber es wirkte so.³⁰

Aus heutiger Sicht kann es kaum erstaunen, dass rassistische Konzeptionen über das Jahr 1945 hinaus veröffentlicht und verbreitet werden konnten. Das gab es überall und in allen Bereichen, es ist also keine Besonderheit des Industriegebiets, die aus geschichtswissenschaftlicher Sicht bemerkenswert ist. Es lässt sich auch gut erklären: Denn Brepohl argumentierte strukturrassistisch, aber eben nicht nationalsozialistisch – und das stieß in der Nachkriegszeit kaum auf Widerstand. Die Abfassung nationalsozialistischer Texte war für die Autoren, im universitären genauso wie im institutionellen Forschungsfeld, ein Problem. Brepohl hatte sich aber immer an einer einigermaßen salonfähigen Rassenhygiene und völkischer Rhetorik orientiert und »Polen« zu seinem Hauptthema gemacht. Das war – gerade in der bald zwischen Ost und West geteilten Welt – keine Belastung und nach der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten kaum rufschädigend. Wer wollte, konnte Brepohl in der Nachkriegszeit sogar so verstehen, dass er die ganz lange Linie zog, die am Ende, anders als das meiste was Deutsche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts politisch begonnen hatten, von Erfolg gekrönt war. Die Polen im Ruhrgebiet waren zu Deutschen geworden. Mission accomplished. Das machte ihn in der Sozialwissenschaft ungefähr so sympathisch wie die Fußballweltmeister von 1954 in ganz Deutschland. Nach all den Niederlagen endlich ein Erfolg.

Bemerkenswert ist also nicht der tatsächliche Inhalt und die wirtschafts- wie sozialhistorisch unzulängliche Methodik, sondern die Wirkmächtigkeit des dieserart präsentierten Strukturrassismus. Denn sowohl Brepohls Zonen als auch Brepohls »Ruhrgebiet« verbreiteten sich und fanden rege Übernahme – nicht zuletzt in der Wissenschaft. Die zonale Fünfteilung des Industriebezirks wurde zur Grundlage für das sich akademisierende Denken über den Industriebezirk und die Bezeichnung »Ruhrgebiet« zur Stan-

28 Zit. ebd., S. 153.

29 Ebd., Zit. S. 205, 207, 208.

30 Brepohl: Industrievolk, Zit. S. 19 f.

dardformel. Die wissenschaftliche Nachwelt verschaffte Brepohls strukturrassistischer Lesart eine wissenschaftliche Legitimierung. Eine Historisierung von Brepohls Analysen wurde dabei nicht vorgenommen und auch die vermeintliche Evidenz der Daten wurde nicht hinterfragt.³¹ Das Kulturprogramm Ruhrgebiet kam so nicht etwa zum Ende. Ganz im Gegenteil. Jetzt wurde es wirklich zum Common Sense, und zwar indem das »Ruhrgebiet« zur »Kulturmetropole« transformiert werden sollte.³²

Das regionale Strukturprogramm der IBA *Emscher Park* (1989–1999) wurde durch Leitideen zusammengehalten. Diese wurden einer großen Zahl von einzeln durchgeführten Projekte zugrunde gelegt und von einem Lenkungsausschuss beschlossen und beaufsichtigt. Neben Land, Kommunen und KVR war die Emscher-genossenschaft selbstverständlich in dem Lenkungsausschuss vertreten. Eigentlich – das Programm bezeichnete ja auch den »Emscher Park« – sollte die in Übernahme der Brepohl'schen Zonengliederung problematische »Emscherregion« besondere Aufmerksamkeit, Mittel und Förderung erfahren und »räumlich« neu geordnet werden.³³ Das bedeutete am Ende konkret, dass für den Norden ein großer Landschaftspark ins Auge gefasst wurde. Als große »ökologische Erneuerung« sollte der Norden hübsch gemacht werden. Zudem, da die Umsetzung deutlich über die Zeit der IBA hinausreichte wie auch die Schaffung des Landschaftsparks, wurde die abstoßende Cloaca Maxima als »offenkundiges Stadt- und Landschaftsdefizit« (Karl Ganser) rückgebaut.³⁴ Ob dies tatsächlich einem großen Umdenken in der Landespolitik geschuldet war, sei einmal dahingestellt. Denn ein anderes Projektfeld der IBA setzte sich bald von den anderen Projekten ab: Als wesentliche »Kulturträger«, die Vergangenheit und Gegenwart verbinden und zudem in die Zukunft weisen sollten, wurden die Hinterlassenschaften der Industrie zu Industriekathedralen stilisiert – Fördertürme, Fabrikhallen, Halden usw. Sie sollten nicht länger als Schandflecken eines zurückgelassenen Industriebezirks, sondern als ästhetisch, raumkennzeichnend und identitätsstiftend verstanden werden. Zwar ging man hier zunächst von »Industriedenkmälern des Emscher-Raums« aus,³⁵ der Anspruch an die materiellen Großrelikte änderte sich aber zügig: Die in der Materialität gewissermaßen zementierte Geschichte sollte durch ihre Musealisierung in die Zukunft weisen. Die im Zuge dessen entwickelte Geschichtskultur war ausgesprochen erfolgreich. Sie findet bis heute unzählige regionale Nachahmer im In- und Ausland. Zentral ist hier: Die geschichtskulturelle Nutzung der alten Hinterlassenschaften, insbesondere der Mon-

31 S. bereits Abe/Echterhoff (Bearb.): Das Vest; vgl. insbes. das zweibändige Ruhrgebietshandbuch, das bis heute einschlägig ist: Wolfgang Köllmann/Hermann Korte/Dietmar Petzina/Wolfhard Weber (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, 2 Bde., Düsseldorf 1990, in Bd. 1 besonders die Beiträge von Köllmann (beide Aufsätze), Bronny/Dege und Eyll; in Bd. 2 besonders die Beiträge von Pankoke, Reulecke, Henle, Grosse, Menge und Parent.

32 Pia Eiringhaus/Jan Kellershohn: Und wer zahlt die Zeche?. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet hat eine Industriekulturindustrie entstehen lassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.8.2018.

33 Zit. Helen Wagner: Vergangenheit als Zukunft? Geschichtskultur als Feld von Zukunftshandeln zum Management strukturellen Wandels im Ruhrgebiet, Köln 2022, S. 92.

34 Ebd., S. 107 f.

35 Ebd., S. 118–122.

tanindustrie, entwickelte eine starke Südneigung und -verortung.³⁶ Das intellektuelle, das kreative, ja das kulturproduktive Gewicht konzentrierte sich schon bald dort.³⁷ Als »industrielle Kulturlandschaft« zergliederte sich der industrieentleerte Bezirk damit weiterhin und wie gehabt in zwei Teile: in eine sich nach der Schaffung selbst überlassene »Industrielandschaft« im Norden und eine mitunter aufwendig erhaltene und didaktisch und museal hochgerüstete »Industriekultur« im Süden. Das fand seine Fortführung im Übrigen auch in der »Ruhr 2010«, als der ehemalige rheinisch-westfälische Industriebezirk zur Kulturhauptstadt Europas ernannt wurde.

So gesehen war die mit der IBA Emscher Park in eine Projektplanung gegossene Aufwertung der schmutzigen Vergangenheit sicherlich erfolgreich. Eine weitergehende bzw. eine auf die Forschungslücken aufsetzende Erforschung der Geschichte fand dabei allerdings nur am Rande statt. Sie hatte jedenfalls keineswegs Priorität. Histotainment bestimmte stattdessen das Vorgehen: »Ruhrie«, »Schmelztiegel«, »Kumpel« und Industriekathedralen wurden geschichtskulturell überformt und damit vor allem zu Instrumenten des regionalen Marketings.³⁸ Dagegen kann man kaum was haben, wenn auch die Vorstellung von der Arbeit als Bergmann oder als Stahlkocher ganz ohne Zweifel und bis heute eine stark romantisierende Schlagseite aufweist und man zudem mitunter den Eindruck bekommen kann, dass das »Ruhrgebiet« regelrecht frauenlos war. Die historische Grundlagenforschung blieb weit dahinter zurück. Anders gesagt: Die historische Grundlagenforschung zur »Geschichte des Industriebezirks« galt als abgeschlossen, als die geschichtskulturelle Überformung einsetzte. Die überregionale Bekanntheit des »Ruhrgebiets« hat sich durch die geschichtskulturelle Aufladung sicherlich erhöht, die großen Blindstellen und offenen Flanken in der historischen Erforschung kann das allerdings kaum verdecken. Denn inhaltlich setzten die musealen Konzeptionen eben auf dem Forschungsstand auf, der vorhanden war.

Die geschichtskulturelle Aufladung hat an der Zweiteilung des Gebietes deshalb kaum etwas geändert. Weiterhin ist es ein geteilter Raum, in dem im Süden »Kultur« und im Norden »Natur« zu finden ist. Das ist begrifflich sicherlich neu und vielleicht auch geschichtskulturell findig, trotzdem bedeutet dies eher die kontinuierliche Fortführung einer alten Zweiteilung: »Wild« und »gewachsen« im Norden, »kulturell« und »kreativ« im Süden. Deshalb ist die vielfach betonte und als räumliche Einheit gesetzte »Identität« des »Ruhrgebiets« aus unserer Sicht mehr eine Konstruktion, die sich aus einer vitalen Eingrenzung, aber eben auch einer handfesten Ausgrenzung speist, die ihre wesentliche, wenn auch nicht reflektierte Grundlage aber dennoch bereits im Kaiserreich erhalten hat. Um es im Jargon der theoretisch arbeitenden Geschichtskultur auszudrücken: Die »Chronotopoi« – die mit den Zeitlichkeiten verbundenen Ordnungsvorstellungen – genauso wie die »temporalen Narrative« – die angelegten

36 Wie ein Blick auf die »Route der Industriekultur« verdeutlichen kann. S. Abb./Karte: Route der Industriekultur (Informationsschild an einem der Standorte), 2009, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:M%C3%BClheim_Aquarius_RIKInfoschildero2.jpg [14.4.2024], zur Entstehung der Route s. Wagner: Vergangenheit als Zukunft?, S. 271–278.

37 Ausfl. Wagner: Vergangenheit als Zukunft?, S. 138–160.

38 Grdlg. zur Geschichtskultur im Strukturwandel Wagner: Vergangenheit als Zukunft?.

Deutungsmuster – sind bemerkenswert stabil, sie haben sich wenig gewandelt, sie persistieren. Und sie konzentrieren sich, und zwar weiterhin, mehr ›an der Ruhr‹ als ›an der Emscher‹. Die vermeintliche Identität des als räumliche Einheit gesetzten »Ruhrgebiets« basiert, wie gezeigt, auf einer alten und rassistisch entworfenen Raumkonstellation.³⁹ Die wurde mit der geschichtskulturellen Arbeit nicht etwa aufgelöst, sondern sie wurde und wird auch weiterhin fortgeschrieben. Es ist eben nicht die ganze Region, die musealisiert wurde. Die prägende Konstellation vom Norden und vom Süden, die ausgesprochen konkret mit der Schaffung der Cloaca Maxima durch die 1904 gegründete Emschergenossenschaft Fakt wurde, bestimmt die Region weiterhin. Der Nord-Süd-»Gegensatz«, kurz die räumliche Untergliederung, wurde damit zum infrastrukturell legitimierten Faktum. Und es wäre naiv, davon auszugehen, dass dieses Faktum der sozial segregierten Konstellation durch die Inszenierung einer Industriekultur und einer Industrienatur einfach aufgehoben würde. Kulturell gewachsene Zuschreibungen, die auf Differenzierung beruhen und die die Bedeutung und auch den Zweck haben, Unterschiede von einer vermeintlich feststehenden Grundlage auf eine kulturelle Ebene zu heben, sind ausgesprochen stabile Angelegenheiten. Und deshalb handelt es sich beim postindustriellen »Ruhrgebiet« keineswegs um eine neue Konzeption, sondern eigentlich um die Fortführung einer alten sozialräumlichen Setzung, die sich begrifflich ein postmodernes Mäntelchen umgelegt hat. Ob mit dieser aufrechterhaltenen Differenzierung auf Dauer ein Bedeutungswandel einhergeht, steht noch in Sternen.

Bekanntermaßen blieben »die Polen« – die ja in der Mehrheit deutsche Staatsangehörige gewesen waren – längst nicht die letzten Zuwanderer, die in den Industriebezirk kamen. Tatsächlich hatten von den im Kaiserreich in das Industriegebiet eingewanderten »Polen« viele, wenn nicht den Industriebezirk, dann aber doch v. a. den Bergbau wieder verlassen. Besonders in der Endphase des Zweiten Weltkrieges aber waren rund 30 Prozent der Belegschaften Zwangsarbeiter, aus der Sowjetunion, aber auch sehr viele »Ruhrpolen« wurden als Zwangsarbeiter (wieder) in den Industriebezirk geholt. Die waren natürlich, wenn sie denn überlebten, nach dem Krieg zügig wieder weg. Insgesamt verlor der Bergbau in der Zeit zunehmend an Attraktivität, gerade unter dem Eindruck der ›Wirtschaftswunderjahre‹. Zunächst waren es Flüchtlinge und Vertriebene, die neu angelegt wurden. Wie auch die Zwangsarbeiter, so wurden auch sie gar nicht oder nur beiläufig in die sozialromantische Erzählung vom Schmelztiegel eingefügt. Ohnehin reichte ihre Anzahl nicht aus. Während des Booms nach dem Zweiten Weltkrieg trat erneut das Problem auf, dass nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden waren. Die bis in die frühen 1970er Jahre eingeladenen ›Gastarbeiter‹, aus Italien, Jugoslawien, Griechenland, Spanien und später aus der Türkei, füllten die Lücken. Bis zum Anwerbestopp 1973 waren 29.000 angeworbene Zuwanderer im Bergbau beschäftigt, der überwiegende Teil war aus der Türkei gekommen. Es ist bezeichnend, dass sie häufig – wenn auch nicht offiziell – mit dem NS-Euphemismus für Zwangsarbeiter belegt wurden: Sie wurden oft als »Fremdarbeiter« bezeichnet.⁴⁰ Natürlich wurden auch sie lange aus der Schmelztiegelromantik herausgehalten. Sie waren im bürgerlichen Süden zunächst ja kaum sicht-

39 Grdlg. Robert Miles: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg 2014 (1991), v. a. S. 93–129.

40 Foerster: Hochofen, S. 59–66, bes. S. 65 f.

bar. Und es war vorausgesetzt, dass sie wieder gingen. Wie ehemals wurden sie v. a. im Norden und in zehennahen Wohnheimen untergebracht. Die Frage einer »Eindeutschung« und »Vermischung« – wie Brepohl es formuliert hätte – war problembehaftet. Gleichwohl: Solange daran geglaubt wurde, dass sie wieder gehen würden, solange gehofft wurde, dass der »Griechischen Wein, [sie] so wie das Blut der Erde« wieder heimwärts ziehen würde,⁴¹ wurde abgesehen von der Unterbringung der Arbeitskräfte wenig getan. Ein weiteres Mal taten sich auch die Gewerkschaften im »Schmelztiegel« ausgesprochen schwer mit der Einbindung der Zuwanderer besonders aus der Türkei. Die Zuwanderungswellen, begonnen mit denen aus »Polen«, zählen samt und sonders zu den unbewältigten Konfliktthemen des Industriebezirks. Denn sie stehen im starken Widerspruch zur vermeintlichen Solidarität der Arbeiter und der romantischen, im Kern aber strukturrassistischen These vom Schmelztiegel.⁴² Das Rezept für den Umgang blieb lange das, was bereits um die Jahrhundertwende kultiviert worden war: Unterbringung im Norden und Ignoranz und Ablehnung im Süden.

Die *Emschergenossenschaft* wurde als hybrider Zusammenschluss für die infrastrukturelle Lösung dieser beinhalten »Kalamität« gegründet. Sie wurde als gesellschaftliche Trägerin und als technische Gestalterin der zum Abwasserkanal missbrauchten Emscher errichtet. Die »Kalamität« war für die Gründer allerdings längst nicht nur der gebotene Sachzwang, gemeinsam in ein Abwassersystem zu investieren, um der Wirtschaft ein Ventil für ihre Abwässer und der Bevölkerung ein Leben in hygienische Verhältnisse zu ermöglichen. Die Emschergenossenschaft wurde zugleich zum sozialräumlichen Gestalter, und zwar indem sie den Industriebezirk in zwei Hälften zerlegte. Die deformierte und zum offenen Abwasserkanal umfunktionierte Emscher bildete fortan den eigentlichen Mittelpunkt des »Ruhrgebiets«. Allerdings war das gar nicht gewünscht. Vielmehr machte die umfunktionierte Emscher aus dem Weg von Nord nach Süd und umgekehrt einen echten Grenzgang. Es war aufwendig von Hattingen nach Bottrop zu gelangen, genauso wie man für den Weg von Marl nach Kettwig viel Zeit einplanen musste. Die Mobilitätslinien im Industriebezirk sind bis heute v. a. West-Ost-Verbindungen. Von Westen

41 1974 gelang Udo Jürgens mit »Griechischer Wein« ein großer Schlager; komponiert von Jürgens, stammte der Liedtext von Michael Kunze. Als Vertriebenen war Kunze über jeden Zweifel erhaben. Der Song stilisierte die Sehnsucht »nach der Heimat«, die die Gastarbeiter ohne Zweifel hatten, ja haben mussten. Der singende Erzähler ist begeistert – er wird eingeladen von den »Fremden« – und hört dann den Geschichten der »Fremden« zu, zentral ist aber das »Irgendwann geht es zurück«, das dieses Othing begleitet. Im Ruhrgebiet wurde 1977 »Bottroper Bier« von Jürgen von Manger-Koenig, das auf »Griechischer Wein« von Jürgens aufsetzt, sehr bekannt. Dort ging es nicht mehr um die »Fremden«, sondern in Brepohls Diktion um einen aus dem »Ruhrvolk«, der, »abgeschlafft« nach der Arbeit in der Schachtanlage in die Kneipe – statt nach Hause zu Frau und Kind – ging, um der »Maloche« mit »Bottroper Bier« zu entkommen. »Bottroper Bier« gab es selbstverständlich nicht, gezecht wurde Union-Bier, aus Dortmund. »Schwarzes Haar« war nicht zu sehen, in der Kneipe verkehrte das etwas in die Jahre gekommene »Ruhrvolk«, und zwar ohne die Zuwanderer. Jürgen von Manger – Bottroper Bier (Griechischer Wein), 1977, <https://www.youtube.com/watch?v=hcVgX85iWNo> [30.3.2024]; zur Bedeutung von Manger s. auch Wagner: Vergangenheit als Zukunft?, S. 114 f.

42 Foerster: Hochofen, S. 279 f.

nach Osten geht es zügig. Vom Süden nach Norden oder umgekehrt braucht es deutlich mehr Langmut.

Obschon die Wirkung von Infrastruktureinrichtungen gern integrativ verstanden wird, ging es bei der Umfunktionierung der Emscher genau darum nicht. Ganz anders ging es um eine sozialräumliche Segregation, um eine Zweiteilung. Die war rassistisch motiviert und daran änderte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg wenig. Auch in der Gegenwart ist das »Ruhrgebiet« weniger ein Fünf-Zonen-Gebiet als durch eine glatte Zweiteilung geprägt. Den Norden formt weiterhin das alte Abwassersystem, die Cloaca Maxima, auch wenn es kaum mehr zu sehen ist. Das war keine zufällige, gewissermaßen strukturgegebene Entwicklung, sondern sie wurde vorgenommen und in ihrer Wirkung dann in Kauf genommen. Das hatte langfristige Konsequenzen, die nicht bloß mit dem sprichwörtlichen Strukturwandel zu erklären sind, sondern dessen Wurzeln weit tiefer reichen. Der hohe Anteil nicht deutscher Bewohner, eine hohe Arbeitslosigkeit und eine erschreckende Kinderarmut, und damit einhergehend höhere Gesundheitsrisiken, die den Norden weiterhin und immer noch charakterisieren,⁴³ den gab es auch schon vor dem sogenannten »Strukturwandel«, der eigentlich ein wirtschaftlicher »Strukturbruch« war.⁴⁴

Folgt man der langen Linie einer grundsätzlichen Zweiteilung des Industriebezirks und einem lange verfolgten und schließlich auch zum Kulturprogramm gemachten Zuschnitt des »Ruhrgebiets«, dann stellt sich die Frage, wie sich der *Emscherumbau* in die Entwicklung einfügt. Seit den 1980er Jahre wurde die Emscher zu einer »Projektionsfläche für ökologische Utopien«. Der 1992 begonnene Umbau der Emscher, ihre Renaturierung, sollte kennzeichnend stehen für den politischen Wandel und ein politisches Umdenken. Tatsächlich aber bedeuteten der Strukturbruch und die damit einhergehende drastisch zurückgehende Kohlenförderung zunächst eine krasse Abnahme der Feinkohle im Abwasserkanal. Der mit der Kohlenförderung eingepreiste »Aktivkohlefilter« verringerte sich, die städtischen Abwässer nahmen an Umfang und auch Verschmutzungsgrad zu. Und damit reduzierte sich der Gestank infolge des Strukturbruchs nicht etwa. Er erhöhte sich. Die Emschergenossenschaft versuchte es mit Sauerstoffbeigaben, der Erfolg aber blieb aus. Gleichzeitig veränderte sich das für die Emschergenossenschaft zentrale Machtgefüge grundlegend: Mit dem Strukturbruch – und der Möglichkeit der Verlagerung der Ewigkeitskosten in die *Ruhrkohle AG* (RAG) – ging es mit der Beteiligung der Industrie bergab, die Beteiligung der Kommunen, und zwar auch die finanzielle, stieg entsprechend an.⁴⁵

Wie die Erschaffung des Abwassersystems – das ja längst nicht nur die Emscher, sondern auch die Nebenbäche betraf – so war auch der Rückbau zu einer renaturierten Emscher und der gleichzeitigen Verlegung eines unterirdischen Abwassersystems ein Projekt, das Jahrzehnte in Anspruch nahm. Anfangs war es eingebettet in das Programm

43 Andreas Farwick u. a.: Sozialraumanalyse Emscherregion, Bremen 2012, S. 14, 127.

44 Karl-Peter Ellerbrock: Industriekultur im Ruhrgebiet. Bilanz und Perspektiven, in: Markus A. Denzel/Susanne Schötz/Veronique Töpel (Hg.): Von der Industriemetropole zur resilienten Stadt. Leipzig im regionalen und überregionalen Vergleich, Wiesbaden 2022, S. 197–220, hier S. 200.

45 Uekötter: Strukturwandel des Ökologischen, Zit. S. 125.

der IBA Emscher Park. Der Anspruch war groß. Um im Bild der hybriden Raumbeherrschung zu bleiben: Nach dem Strukturbruch bedeutete die IBA Emscher Park eine große Aufgabe für das Land und die Städte, weil der raummächtige Gegenpart – die Montanindustrie – derart an Substanz verloren hatte, dass der Versuch einer Steuerung so geboten wie aussichtsreich erschien.⁴⁶ Zum Geschäftsführer der IBA Emscher Park wurde Karl Ganser. Er formulierte, die IBA ziele auf die Aktivierung »endogener Innovationspotentiale« ab. Wieder einmal sollte selbst verwaltet Neues entstehen. Aus dem Inneren heraus sollte ein Facelift des »Ruhrgebiets« vorgenommen und im Zuge dessen auch das Abwassersystem grundlegend umgebaut werden.⁴⁷ Mit der »ökologischen Utopie« verknüpft wurde dabei durchaus eine räumliche Einigungspolitik. Aus dem geteilten Raum sollte endlich die eine »Ruhrstadt« werden.⁴⁸ Rechtlich wurde das von einer Neufassung des Emscher-Genossenschaftsgesetzes (EmscherGG) begleitet, das im Februar 1990 in Kraft trat. Die Emscher-Genossenschaft ist seither und ausgesprochen eine »Körperschaft öffentlichen Rechts« und nicht gebietsbeschränkt. Auch ihre Verfügungsbefugnis ist erweitert. Aus den »Kann«-Aufgaben sind feste Aufgaben geworden, zudem ist sie für die »Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand« zuständig. Die Unterscheidung von Genossen und Beteiligten ist aufgelöst; »Genossen« sind Kommunen wie privatwirtschaftliche Unternehmen. Ihre Ansprüche an die Bergwerke – auch die aufgehobenen und erlöschten – besitzt die Emscher-Genossenschaft weiterhin. Auch Enteignungen kann sie immer noch vornehmen. Ihre Selbstverwaltung wurde gestärkt; und auch die Satzung ist nach wie vor zentral für die operative Selbstverwaltung.⁴⁹

Damit ist die Emscher-Genossenschaft weiterhin eine »Anomalie« – sie besitzt die Rechte, die ihr zur Gründung verliehen worden sind, wenn sie auch modern und neu verfasst sind. Was sich substanziell verändert hat, sind die Aufgaben der Emscher-Genossenschaft. Von den 1904 ausgewiesenen Aufgaben, wovon insbesondere die Reinigung mittels der Satzung zur »Kann«-Aufgabe herabgesetzt wurde, ist das rechtlich der Emscher-Genossenschaft zugewiesene Aufgabenspektrum das, was sie sich in ihrer Geschichte angeeignet und erarbeitet hat. Ausgestattet mit einer besonderen Rechtskompetenz und einer sicheren Finanzierung ist sie fähig, langfristig zu wirken. Konstruiert als *Bad Bank* von Kommunen und verursachenden Unternehmen, ist es falsch, sie allein als technische Infrastrukturgesellschaft zu begreifen. Sie verfügt über eine Handlungsautonomie, die sie nach ihrer Konstituierung mehr als einmal verteidigt hat – und die ihr bis in die Gegenwart zusteht. Sie hat eine unternehmerische Seite. Entdeckt hat sie diese Seite, als sie damit begann, die Phenolabfälle zu bewirtschaften. Auf eine eigentümliche Art aber ist die Emscher-Genossenschaft schüchtern. Nicht in Hinblick auf die

46 Ausfl. Wagner: Vergangenheit als Zukunft?.

47 Karl Ganser (mit Thomas Sieverts): Vom Aufbaustab Speer bis zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park und darüber hinaus. Planungskulturen in der Bundesrepublik Deutschland (1993), in: Anna Klope/Heiner Monheim/Uli Paetzel (Hg.): Karl Ganser. Integratives Handeln und Planen, Dortmund 2023, S. 55–65; Zit. S. 62.

48 Burger: Köttelbecke, S. 147.

49 Gesetz über die Emscher-Genossenschaft (Emscher-Genossenschaftsgesetz – EmscherGG) vom 7.2.1990 mit Stand vom 3.5.2024, https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=1000000000000000000283 [30.3.2024].

Darstellung ihrer technischen Leistungen, die präsentierte sie in Vergangenheit wie in der Gegenwart bereitwillig, nein ihre Scheu bezieht sich auf ihre Raumgestaltungs-kompetenz. Obschon sie eine tragende Rolle bei der IBA und auch ein wesentliches Großprojekt übernahm, versteckt sie sich gern. In der Vergangenheit hinter ihrer technischen Aufgabe, in der Gegenwart hinter ihrer grünen Seite, die sie mit der Renaturierung der Emscher zu ihrem Markenkern gemacht hat. Mit ihrem sozialräumlichen Wissen und auch mit ihrer sozialräumlichen Kompetenz hält sie aber hinter dem Berg. Immerhin, das lehrt die Geschichte: Sie kann beharrlich sein. Aber sie braucht ein Ziel und eine Vision. Die Emscher-genossenschaft war ein wesentlicher Akteur – der ausführende – bei der inneren Kolonisierung des Industriebezirks. Das wirkte strukturschaffend und sozial segregierend. Die große und noch weitgehend offene Frage ist jedoch: Wird sie auch zum Akteur der längst überfälligen sozialräumlichen De-Kolonisierung?